

- Es gilt das gesprochene Wort -

- Sperrfrist: Redebeginn! –

Rede zur Demokratie

Leipzig, Nikolaikirche, 9. Oktober 2017

Adam Krzemiński

Sehr geehrter Herr Pfarrer, sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Freunde, meine Damen und Herren,

ganz herzlichen Dank für die Einladung zu diesem Festtag. Es ist mir eine große Ehre. Und ich bin sehr gerührt, ist dies doch ein besonderer Gedenktag für uns Leipziger. Ich maße mir diese Bezeichnung „uns“ an, auch wenn ich nur am Rande ein „Teilleipziger“ bin – und zwar nicht allein aufgrund meiner drei Studienjahre in dem damals noch nicht gesprengten alten Universitätsgebäude, sondern auch dank der Freundschaften, die seit nun mehr als einem halben Jahrhundert halten. Und mittlerweile auf unsere Enkel überschwappen.

Die DDR war 1964 kein Wunschtraum für polnische Germanistikstudenten, weil privat inzwischen auch Wien erreichbar war. In seiner imposanten, aber lädierten, grauen Bausubstanz machte Leipzig keinen guten Eindruck. Es roch nach Braunkohle, und nach dem Mauerbau in Berlin war es letztendlich psychisch gelähmt.

Wir wurden in das Ausländerwohnheim in der Nürnbergerstraße abgeschoben, wo viel von den Spannungen zwischen Afrikanern und Arabern – jenseits ihrer marxistischen Befreiungsbewegungen - zu spüren war, dann aber auch über die chinesische Kulturrevolution, wenig dagegen über Wieland oder Gustav Freytags „Soll und Haben“ diskutiert wurde. Wir summten trotzig Biermann-Lieder und kannten Kennedys Berliner Rede auswendig.

Es waren durchaus prägende Jahre. Die geistige Heimat fanden wir, polnische Germanisten in der Katholischen Studentengemeinde, wo wir auch Stücke in der DDR nicht gern gesehener polnischer Autoren vorlasen und im Dezember 1965 den Briefwechsel der polnischen und der deutschen Bischöfe kennenlernten, den wir beinahe als einen Auftrag für unsere Generation wahrnahmen.

Die Oder-Neiße-Grenze war zwar seit 1950 bereits von der DDR, aber noch immer nicht von der Bundesrepublik anerkannt. Das machte es den seit 1945 in Polen Regierenden leicht, im Schreckgespenst des deutschen Revisionismus die Legitimität ihrer Macht und die sowjetische Bevormundung als Schutzschirm zu präsentieren. Wir, zwanzigjährig, konnten jedoch ahnen, dass es den Nachgeborenen zufällt, das angeblich tausendjährige deutsch-polnische Ringen zu durchbrechen. Die pure Lust an der Begegnung, am Dialog – kurzum: Empathie für den Nachbarn jenseits der ideologischen Zwangsfeind- und Zwangsfreundschaft - wird es schon möglich machen.

Das Interesse dieser unheimlichen Nachbarn aneinander war nicht überschwänglich, dazu saßen die Wunden der Kriegs- und Nachkriegszeit zu tief, doch es war spürbar. Mich selbst, der ich in der

Stalinzeit ein ABC-Schütze im bereits polnischen Wrocław war und familiär keinen Kontakt zur deutschen Sprache hatte, machte die deutsche Schrift der „Breslauer Neuesten Nachrichten“ unter den zerfledderten Tapeten „unserer“ Wohnung am Stadtgraben neugierig auf unsere deutschen Vorgänger. Dass sie auch als Teufel in der Schwarzen Uniform gewütet haben konnten, lernte ich bald danach in Warschau – auch anhand der Gedenktafeln in der Stadt. Und diese Spannung muss so übergreifend gewesen sein, dass ich mich in der Oberschule für Deutsch und nicht für Englisch oder Französisch entschied.

Dieses Deutsch wurde mittlerweile einer der Schlüssel zur Entdeckung einer uns noch unbekannten Heimatgeschichte Niederschlesiens, Pommerns oder Masurens. Unvergesslich unsere deutsch-polnische Paddeltour, während der Schorsch Fiedler, ein Slawist, uns im Schilf im besten ‘astpraisischen’ Platt „So zärtlich war Suleyken“ von Siegfried Lenz vorlas. Schade nur, dass ein halbes Jahrhundert später sein Polnisch-Unterricht an der Leipziger Uni durch eine Art Kollekte unterstützt werden muss.

Das Interesse der beiden unheimlichen Nachbarn, Deutschen und Polen, aneinander war in den 60er Jahren nicht flächendeckend, aber punktuell vital, fast existentiell. Das konnten wir am Schwärmen unsrer Kommilitonen für polnischen Jazz, amerikanische Western in den Warschauer oder Breslauer Kinos und die FAZ in den Presseklubs. Polen sei für ihn ein „mögliches Anderssein“, sagte mit später in einem Interview Hermann Kant. Dass diese „Polenwelle“ von der DDR-Zensur nicht so gern gesehen wurde, zeigte die schnelle Absetzung der „Schlüssel“, eines Films von Egon Günther, in dem ein junges Paar aus der DDR das liberalere Nachbarland entdeckte. Einige Jahre später ereilte Frank Bayer wiederum die polnische Zensur, als sie den „Aufenthalt“ nach Kants Roman in Polen verhindern wollte. Vergeblich. Ich bin froh, dass ich beide Filme öffentlich unterstützt habe.

Wir kamen zueinander. Doch nicht nur Berlin, Deutschland und Europa, sondern beinahe die ganze Weltkugel war durch den Kalten Krieg in feindliche Lager gespalten.

Die Berliner Mauer war eine Realität. Merkwürdig: Am 13. August 1961 war ich 16 und mit den innerdeutschen Querelen wirklich noch nicht vertraut. Aber ich weiß genau, dass ich die Nachricht vom Mauerbau auf der Halbinsel Hela hörte. 1964 sah ich diesen „Schutzwall“ mit gemischten Gefühlen. Die Baumwipfel des Tiergartens lockten. Auch für uns war die Mauer unpassierbar, aber auf dem Weg nach Westen irgendwie doch umgehbar. Sie war ein Wahrzeichen der Schwäche unserer „Volksdemokratien“, das auf jeden Fall. Ich glaube nicht, dass ich mein späteres Wissen zu weit zurückversetze. Der heftige und inzwischen öffentliche westdeutsche Streit um die Ostpolitik ließ mich diesen Betonverhau irgendwie auch als eine Kehrseite der Oder-Neiße-Grenze wahrnehmen.

Dass die Mauer für unsere Leipziger Freunde eine offene Wunde war, erfuhr einer nicht erst aus Christa Wolfs „Geteiltem Himmel“. Und wenn man schon einmal Antennen für ihre Lebenswelten ausgezogen hatte, empfing man auch Signale ihrer Kriegs- und Nachkriegstraumata, ihrer Hoffnungen und Lähmungen.

Sie neigten nicht zur offenen Rebellion. Einer, der es nicht aushalten konnte, schwamm nachts bei Bratislava die Donau hinauf. Er erreichte Österreich und brachte dadurch seine Leipziger Riege in

Bredouille. Die gescheiterte Auflehnung vom 17. Juni 1953 wurde verdrängt, und Anna Seghers parteifrommes „Vertrauen“ war unlesbar.

In seinem einfühlsamen Buch „Polen und Deutsche auf dem Weg zur europäischen Revolution 1989“ berichtet Gunter Hofmann, wie Werner Schulz, einer der Aktiven während der „friedlichen Revolution“ in der DDR, den 17. Juni 1953 lange Zeit für einen Aufstand der „in der HJ sozialisierten“ hielt. „Die Wahrheit kannten wir nicht, wie hätten wir sie auch herausfinden können?“ Für mich wiederum – aus der Warschauer Sicht - war der Oktober 1956, in Ungarn tragisch, in Polen doch erfolgreich, die maßgebliche Perspektive, nicht 1953 in der DDR.

Auch für diejenigen hier, die in den 80er Jahren in der DDR bleiben und nicht „rübermachen“ wollten, war wohl nicht der Streik in der Stalinallee 1953, sondern Prag 1968 der historische Bezugspunkt. Die Leipziger Demonstranten – erzählte Werner Schulz – hielten auf ihren Plakaten die Zahl „89“ hoch und drehten sie dann auf den Kopf zu „68“. Eine Geste, die in Polen bereits undenkbar gewesen wäre, weil man dort Prag 1968 nur als ein verspätetes und gescheitertes Jahr 1956 ansah. Die „68er“ hatten nicht nur in West und Ost, sondern auch in der DDR und der VR Polen jeweils eigene Noten.

Uns um 1945 Geborene verband nicht nur die Vorliebe für dieselbe westliche Musik und eine ähnliche Sensibilität, allerdings mit grundsätzlichen Unterschieden. Wir an der Weichsel suchten das Heil nicht mehr in den blauen Bänden von Marx und Engels. Und Maos „rotes Büchlein“ war nicht unser Ding. Adam Michnik sah zwar immer wie Daniel Cohn-Bendits Zwillingbruder aus, doch nach dem 21. August 1968 wollte er den Kommunismus nicht mehr von der „Alterskrankheit“ befreien und glaubte auch nicht mehr an einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“, sondern warb für einen Dialog mit der Kirche, um eine Zivilgesellschaft von unten und eine echte Demokratie aufzubauen.

Und dennoch gehörten wir Ostmitteleuropäer 1989 weitgehend zusammen. Günter Grass erzählte mir in den 90er Jahren, dass er sich - nachdem er 1981 Andrzej Wajdas „Mann aus Eisen“ über Lech Wałęsa gesehen hatte – eine Wajda-Verfilmung seiner „Plebejer proben den Aufstand“ gewünscht habe. In diesem Theaterstück prallt Bertolt Brecht am 17. Juni mit der Wirklichkeit aufeinander. Auf der Bühne probt er ein Lehrstück, das eine Revolte gegen die Unterdrücker preist, verweigert zugleich aber den realen Streikenden seine Unterstützung. Wajda konnte sich nicht entscheiden. Dafür aber drehte Volker Schlöndorff 2006 den „Streik“, einen Film über die Entstehung der „Solidarność“. Ihn reizte die Allianz der Intellektuellen mit den gemäßregelten Arbeitern, die Grass in den „Plebejern“ 1953 in der DDR vermisste und die in Polen im Sommer 1980 zum faktischen Generalstreik und der Gründung der „Solidarność“ führte.

Wir, die in der Stalinzeit ausgebrüteten „Brudervölker“, gehörten zusammen, auch wenn jedes seine eigene Nabelschau betrieb. Es ist müßig, darüber zu streiten, ob der 9. November in Berlin die „größte bürokratische Panne der Weltgeschichte“ oder nur ein „vorsätzlicher Rückzug“ der SED-Oberen aus der deutschen Geschichte war. Ohne den Massendruck von unten, ohne die Ausreise- und Bürgerrechtsbewegungen der 80er Jahre, ohne die Massenflucht im Sommer 1989 und die anschwellenden Proteste, die in der Leipziger Montagsdemonstration am 9. Oktober ihren Höhepunkt fanden, hätte die DDR 1989 keine hausgemachte „Oktoberrevolution“ erlebt.

Dennoch war es keine „deutsche Revolution“ – obwohl es in Deutschland solche Buchtitel gibt -, sondern ein Teil unseres ostmitteleuropäischen „Völkerherbstes“. Es waren ja kommunizierende

Röhren eines demokratischen Aufbruchs in unserem Teil Europas. Sie verbanden die Flucht- und Protestbewegung in der DDR mit der Öffnung des Eisernen Vorhangs in Ungarn. Mit der Solidarność-Bewegung und der im Frühjahr 1989 am „Runden Tisch“ ausgehandelten und anschließend durch den grandiosen Wahlsieg der Solidarność am 4. Juni bestätigten Machtrochade in Polen. Mit der sowjetischen Perestrojka samt dem Abrüstungsvertrag, den Gorbatschow und Reagan 1987 aushandelten. Und nicht zu vergessen der moderierenden Rolle des polnischen Papstes...

Diese Zusammenhänge bewegten den namhaften französischen Historiker François Furet dazu, die ostmitteleuropäische Revolution des Jahres 1989 in eine Reihe mit der französischen Revolution von 1789 und der russischen von 1917 zu stellen. Er sah in ihr sozusagen ein Korrektiv der beiden, weil sie das *ancien régime* ohne Guillotine oder GPU-Erschießungskommandos fast ohne Blutvergießen zu Fall brachte.

Zugleich darf man sich nichts vormachen: Die „friedliche Revolution“ in Leipzig, Warschau, Budapest und Prag hatte gar nicht so weit von uns entfernt ihre grausame Kehrseite eines Bürgerkrieges mit ethnischen Säuberungen und Massenmorden. Das Jahr 1989 steht nicht nur für friedliche Massendemonstrationen, wie während der feierlichen Umbettung der hingerichteten Führer des ungarischen Aufstandes vom Oktober 1956 in Budapest. Ausgerechnet am 4. Juni 1989, dem Tag der halbfreien Wahlen in Polen, wurden in Peking auf dem Platz des Himmlischen Friedens Demonstrierende massakriert.

Mag sein, dass es uns Ostmitteleuropäer nicht betraf, obwohl Margot Honecker ja durchaus mit der „chinesischen Lösung“ in der DDR drohte. Von Leipzig nach Peking sind es immerhin zehntausend Kilometer. Aber das Amselfeld, auf dem der serbische Parteiführer seine Brandrede hielt, und Srebrenica, wo wenige Jahre später vor den Augen hilfloser Europäer einer der vielen Massenmorde der jugoslawischen Nachfolgekriege begangen wurde, sind von hier aus gesehen näher als Rom. Nicht mal tausend Kilometer.

All diese historischen Kontexte muss man sich vergegenwärtigen, auch wenn wir ein Vierteljahrhundert später in Europa in einer völlig anderen Wirklichkeit als Anfang der 90er Jahre leben. Es gibt im Polnischen eine saloppe ironische Wendung, „es ist lange her und nicht wahr“ – sie besagt, dass sich jede Generation die Vergangenheit nach ihrem Gusto zurechtschneidet und sie an ihr Koordinatensystem anpasst. Dann werden Denkmäler gestürzt, Straßen umbenannt und Geschichtsbücher umgeschrieben.

In Amerika geht es um die Generäle des Sezessionskrieges, in England darum, ob der Ärmelkanal trennt oder verbindet, in Frankreich um die Kolonialgeschichte, in Russland darum, ob die beiden Revolutionen des Jahres 1917 – die demokratische vom Februar und die bolschewistische vom Oktober – nicht doch eine Katastrophe waren, während das Zaren- und das Stalinreich einen Doppeladler verdienen. In Deutschland geht es wieder einmal um das Eigengewicht im aufgerüttelten Europa. Und in Polen und Ungarn – den beiden Wegbereitern der freiheitlichen Revolution des Jahres 1989 – wird gerade offen eine „konservative Gegenrevolution“ ausposaunt und die nationale Abschottung von der Außenwelt durchgespielt.

Nicht nur in diesen beiden Ländern kommt ein Vierteljahrhundert nach 1989 eine mentale und politische Gegenrevolution zum Vorschein. Sie ist kein polnisch-ungarisches Phänomen, sie reicht von

Russland bis Amerika und ist an Putin und Trump, in Westeuropa am Brexit und Madame Le Pen, und hierzulande etwa an den Dresdner „Abendspaziergängen“ der Pegida zu erkennen. Selbst wenn die dortige Parole „Putin hilf“ nicht hausgemacht gewesen sein sollte, stand diese Umkehrung des hoffnungsvollen „Gorbi hilf“ vom 40. (und letzten) Gründungstag der DDR für einen offensichtlichen Stimmungswechsel bei einem beachtlichen Teil unseres einstigen „Brudervolkes hinter der Friedensgrenze“.

Das ist die Wahrheit. Ein Vierteljahrhundert nach der „ausgehandelten“, „friedlichen“, „samtenen“, „nachholenden“ freiheitlich-europäischen Revolution des Jahres 1989, die Timothy Garton Ash wegen ihrer gleitenden Übergänge einfach „Refolution“ nannte, befinden wir uns in einer Art „konterrevolutionären“ Phase.

Es ist auch der unausweichliche Generationswechsel, der die meisten freiheitlichen Revolutionen ein Vierteljahrhundert später ins Gegenlicht stellt. 25 Jahre nach der Erstürmung der Bastille saßen die Sieger über Napoleon in Wien zusammen, installierten eine Restauration der französischen Monarchie, und die konservative Heiligen Allianz knebelte kurz danach die europäischen Liberalen. Diese zeigten zwar immer wieder, dass es sie gibt – wie 1831 in Hambach –, zum Zuge kamen sie aber erst 1848.

25 Jahre nach dem gescheiterten liberaldemokratischen „Völkerfrühling“ der Jahre 1848-49 wurde Deutschland mit „Blut und Eisen“ vereinigt, und bald darauf folgten Kirchenkampf und Sozialistengesetze.

Ein Vierteljahrhundert nach der russischen Revolution hatte der stalinistische Terror in der UdSSR Millionen Opfer gefordert, während die deutschen Truppen vor Leningrad und im Kaukasus standen.

Und 1958 - nur 25 Jahre nach Hitlers „legaler Revolution“ - war Deutschland geschlagen, besetzt, amputiert, geteilt und in zwei gegnerische Gesellschaftssysteme und Militärblocks eingebettet.

Die Generationennachfolge, manchmal auch der offene Konflikt der Jugendrevolten, ist freilich nur eine Zutat zu den tektonischen Verschiebungen in den jeweiligen Gesellschaften. Gravierende Epochenwechsel werden vor allem von politischen, wirtschaftlichen, militärischen und auch zivilisatorischen Umwälzungen verursacht. Dennoch kann man sich heute nicht des Eindrucks erwehren, dass wir uns europaweit im tiefsten Generationswechsel der Nachkriegszeit befinden.

Mittlerweile kommen Jahrgänge zum Zuge, für die die drei Gründungsakte der Vereinigung Europas keine unmittelbare Relevanz mehr haben – der Sieg über das genozidale Dritte Reich, den Willy Brandts Kniefall in Warschau symbolisiert, die Versöhnung der einstigen „Erbfeinde“, wofür der Elysee-Vertrag Modell für ähnliche Verträge der Bundesrepublik mit den Nachbarn stand, und schließlich der späte Sieg - 1989 –über die kommunistische Diktatur und sowjetische Bevormundung, die 1945 Ostmitteleuropa aufgezwungen wurden.

Es wäre jedoch zu billig, die gegenwärtige konservative Gegenrevolution allein mit dem Generationswechsel erklären zu wollen. Heinrich August Winkler, der Autor einer vor gerade einem Jahr abgeschlossenen exzellenten vierbändigen „Geschichte des Westens“, beginnt sein neues Buch unter dem Titel „Zerbricht der Westen?“ mit der Feststellung eines krisenhaften Zustandes, „in dem sich die Europäische Union, die Vereinigten Staaten von Amerika und damit der transatlantische

Westen insgesamt seit einiger Zeit befinden“, weil die populistischen Bewegungen auf beiden Seiten des Atlantiks die Grundlagen der repräsentativen Demokratie in Frage stellten.

Wir vergessen leider zu leicht, dass die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts in Europa ein Zeitalter der Diktaturen war. Die *belle époque* vor 1914 dünkt manchen eine heile Welt, mit offenen Grenzen und Ansätzen einer Rechtstaatlichkeit selbst in solch autoritären Staaten wie dem zaristischen Russland. Erst die "Urkatastrophe" des Großen Krieges habe dann Elend, revolutionäre Gewalt und totalitäre Versuchung hervorgebracht. Die parlamentarische Demokratie wurde 1919 zwar fast europaweit - das bolschewistische Russland ausgenommen - installiert. Doch nur zu bald unterlag sie Umstürzen - und zwar sowohl in denjenigen Staaten, die den Krieg verloren hatten, als auch in den neugegründeten: von Mussolinis faschistischem „Marsch auf Rom“, über autoritäre oder militärische Staatstriebe wie in Portugal, Spanien, Polen, Rumänien, Ungarn, Griechenland und in den baltischen Staaten, bis hin zu Hitlers "Machtergreifung" 1933.

Hinzu kamen nach 1940 autoritäre bis faschistische Regime in den besetzten Ländern wie Pétains „Französischer Staat“. 1941 waren in Europa wohl nur drei intakte parlamentarische Demokratien übriggeblieben: Schweden, die Schweiz und Großbritannien unter Churchills Kriegskabinet.

Um die Jahrtausendwende, zehn Jahre nach der Revolution 1989, war dieser Siegeszug der freiheitlichen parlamentarischen Demokratie – die nach dem Krieg in den Ländern des „Realsozialismus“ als „bürgerliche Demokratie“ abgetan worden war – strahlend offenkundig. Alle einst totalitären oder von Militärs regierten autoritären Staaten in Europa hatten nun liberale Verfassungen und drängten in die EU. Die griechischen Obristen gehörten schon Ende der 70er Jahre ebenso wie der spanische Frankismus der Vergangenheit an, und nach 1989 landeten auch die „Volksdemokratien“ von Stalins Gnaden in unserem Teil Europas in der Besenkammer der Geschichte.

Diese niederdrückende erste Hälfte des europäischen 20. Jahrhunderts, das Zeitalter der Diktaturen in Kontinentaleuropa, darf nicht vergessen werden. Nicht einmal Frankreich hätte ohne die Landung der Angelsachsen in der Normandie 1944 so leicht zur republikanischen Verfassung zurück gefunden. Marion Gräfin Dönhoff, die Herausgeberin der „Zeit“, sagte mir im Sommer 1987 freimütig in einem Gespräch, das auch in der Warschauer „Polityka“ erschien, dass die Deutschen allein die Demokratie nicht hätten aufbauen können, wenn die Engländer (die Angelsachsen) sie nach dem Krieg nicht bei der Hand genommen und gesagt hätten, 'so und so müsst ihr es machen'. „Wir aber wollten auch von ihnen lernen“, fügte sie hinzu...

Die Gräfin selbst kam aus dem unmittelbaren Umfeld des deutschen Widerstandes. Sie war eng verbunden sowohl mit den Männern des 20. Juli 1944 als auch mit einigen Kreisauern wie Peter und Marion Yorck zu Wartenburg. Die Kreisauer pflegten Kontakte nach England und entwarfen Modelle für eine deutsche Demokratie nach dem Dritten Reich. Doch nicht die deutschen Widerständler, dezimiert durch Hitlers Mordjustiz und ohnehin nicht allzu zahlreich, bauten letztendlich die freiheitliche Nachkriegsdemokratie in Westdeutschland auf, sondern die einstigen Mitläufer – beschämt und geläutert durch den Schmach der beispiellosen Verbrechen des „tausendjährigen Reiches“ oder (auch das gab es ja zu Genüge) getrieben von Opportunismus. Die CDU der fünfziger Jahre - das war doch die NSDAP mit Gewissensbissen, frotzelte einmal in Warschau der Zeithistoriker Arnulf Baring.

Übrigens ist auch die DDR keineswegs nur von ehemaligen KZ-Häftlingen und kommunistischen Emigranten aufgebaut worden. Nicht nur der Präsident des Sportbundes der DDR, Manfred Ewald, war Zögling einer Napola-Schule. Diese Spur der Nazi-Steine berührte auch die „Ankunftsliteratur“ der DDR. Doch erst der Leipziger „Werwolf“ Erich Loest legte den Finger tief genug in diese braune Wunde.

Es gibt eine plausible These, wonach die „Flakhelfergeneration“ – um 1927 geboren - das Salz der deutschen Nachkriegsdemokratie gewesen ist. Sie war die „*Generation Reeducation*“, wie es Jürgen Habermas ausdrückte. Gläubige HJ-ler, zu jung, um in Russland verheißt zu werden, aber viele von ihnen alt genug, um im letzten Aufgebot den Krieg doch noch hautnah kennenzulernen. Vier besonders prägnante deutsche Schriftsteller gehörten dazu – Günter Grass, Christa Wolf, Hermann Kant und Siegfried Lenz, alle vier durch ihren Geburtsort, die verlorene Heimat oder wie Kant durch seine Kriegsgefangenschaft in Warschau zumindest geographisch, wenn nicht biographisch mit Polen verbunden. Für Grass war Danzig lebenslang ein Elixier der schriftstellerischen Kraft, und die polnischen Danziger dankten es ihm. Als er 2006 seine lange verschwiegene Einberufung zur Waffen-SS bekannte, standen sie einhellig zu „ihrem“ Grass, auch in Anerkennung seiner klaren Befürwortung der Oder-Neiße-Grenze.

Zur „Gründergeneration“ der Revolution von 1989 gehörten bereits die nach dem Krieg Geborenen, auch wenn weder im August 1980 beim Generalstreik in der VR Polen noch hier in Leipzig am 9. Oktober 1989 jemand nach dem Geburtsdatum fragte. In Polen allerdings gab es in der Solidarność eine merkwürdige Generationenfolge. Tadeusz Konwicki, seinerzeit ein bekannter polnischer Schriftsteller, im Krieg in der Untergrundarmee, danach kurzzeitig gläubiger Stalinist, später Dissident und Mitglied der demokratischen Opposition, erzählte, in den 80er Jahren habe er in den jungen Aktivisten der zwischen 1982 und 1989 verbotenen Solidarność eine Reinkarnation seiner selbst aus der Zeit der deutschen Besatzung gesehen. Dass es in der DDR 1989 keine derartigen ideellen Kontinuitäten gab, konnte man daran erkennen, dass man hier im Oktober und November zwar „wir sind das Volk“ rief, aber eine Woche nach der Maueröffnung immer noch kein passendes Lied dazu hatte. Als ich am Montag danach mit meinen Freunden eine Runde um den Ring drehte, hörte ich noch kein Deutschlandlied, hie und da die Internationale. Doch geschmettert wurde ein Karnevalsschlager: So ein Tag, so wunderschön wie heute... Und das war's.

Revolutionen haben ihr Karussell der Helden, die den Umsturz vorbereiteten, dann die Tribünen besteigen, die Bastille, die Leninwerft oder die Mormonenstraße besetzen und diversen Komitees vorstehen. Und Revolutionen haben auch ihr mal rabiāt entschlossenes, mal abwartendes und launisches Fußvolk, das den Zusammenbruch des korrupten und abgewirtschafteten *ancien régime* begrüßen mag, doch auch den *homini novi* aus den eigenen Reihen nicht ganz vertraut und sich bald im revolutionären Wirrwarr klare Konturen und die Verbesserung der eigenen Lage wünscht.

1989 gab es erkennbare Ähnlichkeiten, auch gewisse Affinitäten, zwischen der Bürgerbewegung und späteren Massendemonstrationen in Leipzig, Dresden oder Berlin und dem Aufbruch der „Solidarność“ in Polen. Es gab aber auch gravierende Unterschiede. Die polnische Gewerkschaftsbewegung hatte das Kriegerrecht überstanden – wie die SPD in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts die bismarckschen „Sozialistengesetze“ –, sie hatte auch Übergangsmodelle ausgearbeitet und eigenes Personal, Sachverständige und Politiker aufgestellt. Das „Neue Forum“

hatte dafür viel weniger Zeit.

Die Polen mussten sich wie Münchhausen am eigenen Schopf aus dem Schlamassel ziehen, konnten allerdings auf die Unterstützung „des Westens“ – von Washington über Bonn und Paris, bis hin zum Vatikan – setzen. Die Marschrichtung war von vornherein die „Rückkehr nach Europa“ und damit auch NATO und EU normgebende Instanzen. Anders in der DDR, wo weniger Europa als die Bundesrepublik *die* erwünschte Norm gewesen war. Der Wechsel hier in Leipzig vom bestimmten zum unbestimmten Artikel – nicht *das*, sondern *ein* Volk zu sein, mithin in der angesehenen, starken, reichen und attraktiven Bundesrepublik aufzugehen – mag aus Bayern souffliert worden sein. Er entsprach aber dem Wunsch der Mehrheit zwischen Werra und Oder, den DDR-Komplex abzuschütteln und vor der Bevormundung durch die ineffiziente SED unter westdeutsche Obhut zu flüchten. In seinem „Psychogramm der DDR“ warnte Joachim Maaz bereits 1991, dieser „Gefühlsstau“ werde zu einer „verunglückten Einheit“ des „gestürzten Volkes“ führen.

Der Unterschied zu Polen lag auf der Hand. Es gab kein dominantes „Westpolen“ und keine politische Luftlandetruppe, bis hin zu Landesherren, aus dem Westen. Die Idee, den Amerika-Polen Zbigniew Brzezinski zum Staatspräsidenten zu wählen, wurde weggewischt. Zwar konnte ein unbekannter Millionär aus Peru, Stanislaw Tyminski, den ersten nichtkommunistischen Ministerpräsidenten Tadeusz Mazowiecki als Präsidentschaftskandidat ausstechen. Doch bei der Stichwahl unterlag er eindeutig gegen den legendären Lech Wałęsa. Bei aller internationalen Einbettung der polnischen Reform-Regierungen mit der Stundung der Giersek-Schulden, mit den Marriot-Beratern und dem Wohlwollen Clintons, Kohls oder Mitterrands, war die polnische Transformation hausgemacht. Und eine vergleichende Studie der Ebert-Stiftung wies Ende der 90er Jahre nach, dass sich Polen bei weitaus geringerer Förderung organischer als die „neuen Bundesländer“ entwickelte, weil es eigene Ressourcen und eine neue Führungs- und Unternehmensschicht schaffen musste, während die Ex-DDR zwar äußerlich zur „blühenden Landschaft“ renoviert oder gar neu gebaut wurde, doch trotz einiger „Leuchttürme“ kaum zu einem regionalen Schwungrad geworden war. In Polen kam auch keine nennenswerte „Ostalgie“ auf, dafür waren die Erinnerung an die wirtschaftliche Misere Volkspolens und der Stolz auf den Sieg der Solidarność zu stark.

Sicher, auch bei uns gab es „postkommunistische“ Sozialdemokraten wie die PDS hierzulande. Der Unterschied war allerdings gravierend. Die SLD stellte bald den Präsidenten und Ministerpräsidenten, die das Land 1999 in die NATO und 2004 in die EU mitführten, während die PDS keine Chance hatte, die Bundesrepublik mitzulenken und sich – auch als „Die Linke“ – einem historischen Kompromiss verweigerte, wie ihn die SPD 1959 in Bad Godesberg vollzogen hatte. Frappierend, wie fremd sich die einstigen „Bruderparteien“ geblieben sind und wie unterschiedlich sie sich entwickelten. Der polnische Wähler siebte die SLD aus dem Parlament, die Linke regiert zwar in den Ländern mit, im Bundestag aber erinnert diese Partei, die ihre Herkunft von der USPD herleiten möchte, mit Verlaub an eine verkapselte Zyste...

Sehen Sie mir bitte diese parteipolitische Nebenbemerkung nach, aber sie kommt nicht von ungefähr für die deutsch-polnischen Überschneidungen, Parallelen, aber auch Dissonanzen. Es ist schon merkwürdig, dass beide traditionellen deutschen „Volksparteien“ keine starken Partner mehr in Polen haben. Die 2015 in die Opposition verdrängte „Bürgerplattform“ ist in Bedrängnis und ähnlich wie die CDU mit sich selbst beschäftigt. Die „Nowoczesna“ (die Moderne) könnte vielleicht eine

gemeinsame Sprache mit den derzeitigen deutschen Liberalen finden, aber beide sind dafür viel zu neu und zu sehr mit der jeweiligen Innenpolitik beschäftigt. Das gilt auch für die Grünen, bei denen zudem die ostwärts aufgeschlossene Generation der 80er Jahre allmählich in Rente geht...

Einige Parallelen drängen sich dagegen bei zwei recht unterschiedlichen und doch irgendwie vergleichbaren Phänomenen wie der in Polen mittlerweile regierenden „Recht und Gerechtigkeit“ und der mit Aplomb in den Bundestag einziehenden „Alternative für Deutschland“ auf. Ich weiß, dass ich mich damit aufs Glatteis begeben, weil statistisch gesehen hier in der Nikolaikirche jeder vierte von Ihnen ein AfD-Wähler sein müsste. Und in Polen wäre es Pi mal Daumen jeder Dritte bei der PiS...

Im Europaparlament saßen die beiden Gruppierungen kurze Zeit sogar in derselben Fraktion. Sie waren sich aber nicht grün. Ostpolitisch trennen sie Welten, oder eher Putin, mit dem namhafte AfD-Politiker - wie auch Orban in Ungarn - liebäugeln, während die PiS strikte Distanz wahrt. Doch die radikale Euroskepsis und der Vorrang nationaler Interessen vor den gemeinschaftlichen ist vergleichbar, was auch während der „Elefantenrunde“ zum Vorschein kam, als der AfD-Sprecher - als einziger - volles Verständnis für die strikte Ablehnung der PiS-Regierung, Flüchtlinge in Polen aufzunehmen, bekundete.

In der Rhetorik beider Parteien finden sich dieselben Versatzstücke, die übrigens auch Marine Le Pen, Donald Trump und die Brexiteers in Großbritannien benutzten: Wir wollen das Land zurückbekommen, die (verräterischen und korrupten) Eliten verjagen und die liberale „Lügenpresse“ in die Schranken weisen. Ähnlich, obwohl natürlich mit umgekehrten Vorzeichen, ist auch die rückwärtsgewandte Verherrlichung der nationalen Identität. In Polen durch die massive Rückkehr der PiS in ihrer Vergangenheitspolitik zu den Bildern der polnischen Leidensgeschichte und des militärischen Widerstandes im Zweiten Weltkrieg, auch wenn er nicht machtpolitisch, sondern höchstens moralisch siegreich gewesen sein mag. In Deutschland wiederum durch die bewussten Anleihen bei der völkischen Sprache – mit ihrem rassistischen und nationalen Dünkel. In Polen fordern PiS-Politiker, Schluss mit der „Kultur des Schamgefühls“ zu machen, der angeblich aus Deutschland importierten Beschäftigung mit den dunklen Seiten der polnischen Zeitgeschichte. Und in diesem Freistaat erklärte ein AfD-Jurist „den Schuldskult der Deutschen“ für „endgültig beendet“, während einer der AfD-Chefs in seiner Kyffhäuser-Rede sagte, wenn die Franzosen Napoleon und die Briten Churchill verehren könnten, dann dürften die Deutschen doch, bitte schön, auch stolz auf die Leistungen in beiden Weltkriegen sein. Ein dreister Aufruf, wenn man bedenkt, dass – wie „Spiegel online“ vor zehn Tagen meldete – vier von zehn deutschen Schülern nicht wüssten, wofür Auschwitz steht...

Soll demnach Leipzig wieder ein Günter-Prien-Gymnasium bekommen? Geht es wirklich nur darum, geglückte Husarenstücke der U-Boot-Fahrer, Einkesselungsschlachten, waghalsige Luftlandeunternehmen und pfiffige Städteinnahmen in Hitlers Krieg am Massiv des schlafenden Barbarossa zu bewundern? Also auch die 1944 vornehmlich in Handarbeit vorgenommene Zerstörung Warschaus inklusive der methodischen Erschießungen der Zivilbevölkerung?

Die „identitäre Versuchung“ durch eine rückwärtsgewandte Politik des „Nationalstolzes“ ist alles andere als selbstbewusst. Eine Flucht in die Vergangenheit kann auch ein krampfhafter Versuch sein, die Ratlosigkeit über die schwer greifbare, sich rasant wandelnde Realität zu kaschieren. Das gilt nicht nur für deutsche Populisten.

Als PiS-Abgeordnete auf dem Höhepunkt der heftigen Auseinandersetzung um die Aushebelung der Gewaltenteilung in Polen die ausgebliebenen deutschen Kriegsreparationen an Polen thematisierten, warnten nicht nur die Opposition sondern auch namhafte katholische Bischöfe davor, aus innenpolitischen Gründen die alte „deutsche Karte“ zu spielen, und das Werk des fünfzigjährigen deutsch-polnischen Versöhnungsprozesses aufs Spiel zu setzen. Eine heftige Debatte über die juristische, politische und moralische Dimension des Problems brach aus.

1953 nämlich musste Volkspolen, um die DDR nach dem 17. Juni zu stärken, auf Moskaus Druck auf die Reparationen verzichten. Die ganze Angelegenheit war für Polen ohnehin entwürdigend, weil in Potsdam entschieden wurde, dass Reparationen für Polen über die Anteile der UdSSR laufen sollten, während die Sowjets nicht nur in ihrer Besatzungszone Gleise und industrielle Ausrüstung requirierten, sondern auch aus den an Polen angeschlossenen Gebieten. Und obendrein ließen sie sich für die Befreiung und zugleich kommunistische Machtübernahme mit billigen Kohlelieferungen bezahlen. Ganz zu schweigen davon, dass sie die Hälfte des polnischen Vorkriegsterritoriums, das sie 1939 besetzt hatten, behielten. Die deutschen Ostgebiete waren eine Kompensation dafür. De facto war Polen dabei Objekt eines Kuhhandels der Siegermächte, wobei eine dieser Mächte 1939 Mitaggressor gewesen, während eine andere gerade wegen Polen in den Krieg gezogen war und es später zugunsten Stalins fallen lassen musste. Die meisten Deutschen wiederum - fixiert auf die Vertreibungen und den Verlust Ostdeutschlands zugunsten des insgeheim missachteten Nachbarn, der ohnehin kein echter Sieger war - verdrängten jahrzehntelang die mörderische deutsche Besatzungspolitik. Noch Helmut Kohl versteckte sich hinter juristischen Formeln und verweigerte den Ex-KZ-Häftlingen und Zwangsarbeitern eine Entschädigung. Die erhielten sie erst unter der rot-grünen Regierung.

Diese Zusammenhänge sind in Deutschland wenig bekannt. Und Umfragen in Polen belegen, dass es dabei weniger um die pekuniäre Dimension als um schiere Aufmerksamkeit geht, denn etwa 60 % der Befragten würden deutsche Reparationen durchaus begrüßen, aber 72 % sind gleichzeitig gegen eine solche Forderung zu stellen.

Timothy Garton Ash, der diesjährige Karlspreisträger, bemerkte unlängst, dass die Auftriebskräfte des Rechtspopulismus sowohl in Europa als auch in den USA nicht nur wirtschaftlicher, sondern auch kultureller Art sind. Es gehe nicht allein um die „Ungleichheit der Tariflöhne“, sondern auch um die „Ungleichheit an Aufmerksamkeit“ und die „Ungleichheit an Respekt“: Das Trump-treue Innere der USA gegen die liberaleren Küsten, Pro-Brexit-England gegen das kosmopolitische London und das proeuropäische Schottland, die PiS im ländlichen Ost- und Südostpolen gegen die liberalen Großstädte, den Westen und Nordwesten, und in Deutschland eben der Riss zwischen der 70jährigen Demokratie im Westen und der „posttraumatischen Belastung“ im Osten durch die 40 Jahre der DDR. Bei allen Unterschieden findet Ash bei den Populisten ein gemeinsames Ressentiment: „Uns gibt’s auch – ihr habt uns aber ignoriert und als Landesteile zweiter Klasse behandelt.“

Ein anderer Brite, James Hawes, geht allerdings in seiner „Kürzesten Geschichte Deutschlands“ viel weiter zurück und sieht den Riss hierzulande nicht in der Berliner Mauer, sondern in den Sehnsüchten nach autoritärer Herrschaft in „Ostelbien“, das einst vom römischen Einfluss abgeschnitten „vor dem ersten Weltkrieg überdurchschnittlich die alten Konservativen, in Weimar die Deutschnationalen, dann die Nazis – und inzwischen Extremisten links und rechts“ wählte und

wählt. Ist diese lange Dauer nicht ein wenig zu lang? So gesehen wären nämlich auch Polen und Ungarn „Ostelbier“, aber kaum die Rumänen mit ihrem Mythos, sie alle wären Nachfahren von Ovid, oder jene Bulgaren, die sich auf die Thraker und Spartakus im Stammbaum berufen...

Meine Damen und Herren, wir sind offenkundig in unserem Teil Europas wieder einmal an einem Wendepunkt angelangt. Ralf Dahrendorf, der die zivilgesellschaftlichen Impulse der Solidarność in Westeuropa und in den USA bekannt gemacht hat, warnte, dass die Globalisierung insofern ein Hindernis für die westliche Demokratie werden könne, als sie Konkurrenz groß- und Solidarität kleinschreibe und darüber hinaus noch keine Kontrolle und Rechenschaft kenne, die den einzelnen Bürger zur Mitsprache ermächtigen würde. Es drängt sich der Schluss auf, schrieb Dahrendorf vor genau 20 Jahren, „dass die Entwicklungen zur Globalisierung und ihre sozialen Folgen eher autoritären als demokratischen Verfassungen Vorschub leisten. Autoritäre Verfassungen aber können dauern; sie sind weder so katastrophenträchtig noch so prekär wie totalitäre Diktaturen. Ein Jahrhundert des Autoritarismus ist keineswegs die unwahrscheinlichste Prognose für das 21. Jahrhundert.“ Eine düstere Perspektive. Aber ist sie unausweichlich?

Aus Ratlosigkeit und Furcht, dass unser europäischer Blinddarm Eurasiens ohnehin global an Bedeutung verliert und als Objekt einer erneuten Völkerwanderung nicht mehr „unser“ sein würde, möchten die einen zurück zur trauten Heimat des Nationalstaates und der völkischen Mythen, während die anderen Antworten wieder einmal in den blauen Bänden der beiden Klassiker der dialektisch-materialistischen Heilslehre suchen.

Unübersehbare Irrungen und Wirrungen. In Warschau versammeln sich auf verschiedenen Plätzen Kritiker und Anhänger der von den Nationalkonservativen durchgepeitschten „guten Wende“. Sie tragen die gleichen Fahnen und singen die gleichen Lieder und beide rufen: „Hier ist Polen“. Hier in Leipzig gedenken wir in Erinnerung an die legendäre Wende der Montagsdemonstrationen am 9. Oktober 1989. In Dresden aber kündigt einer für 2019 ein „blaues Wunder“ nach den Landtagswahlen 2019 an. Und auch hier ist die Verwirrung perfekt, wenn plötzlich zwei deutsche „Worte des Jahres“ – „Gutmensch“ und „Wutbürger“ – nicht mehr mit zivilgesellschaftlichem Engagement assoziiert werden, sondern mit Naivität das eine und Randal das andere. Das ist nicht nur eine Verwirrung, sondern eine Abkehr vom Gebot der Empathie für den Anderen - hier in der Kirche müsste ich wohl sagen „dem Nächsten“ – hin zum „Wettlauf der Egoismen“, nach dem alten Spruch „das Hemd ist näher als der Rock“. Hautnah erfuhr das die sächsische Integrationsministerin, als ihr im Gespräch mit Pegidisten über die Integration der Einwanderer entgegengeschleudert wurde: „Integriert doch erst mal uns!“, als ob Ostdeutsche Migranten im eigenen Land wären.

Und genau so werden sie auch von manchen Sozialwissenschaftlern beschrieben. Als Migranten, denen ihr politisches, soziales und kulturelles Biotop nach 1989 entchwand, obwohl sie doch „zu Hause“ geblieben waren. Freilich nicht alle, denn viele zogen gen Westen. Die Gründe des Unmutes sowohl in Sachsen als auch beispielsweise in Südostpolen liegen in den ökonomischen Verwerfungen der Transformation und dem sagen wir mal Dünkel der jeweiligen „Täler der Ahnungslosen“ – der abgeschiedenen Regionen, die mental noch im 19. Jahrhundert lebten. Aber das stimmt nicht. In der Region Neu Sandez/Nowy Sącz östlich von Krakau gibt es die meisten Millionäre in Polen, und dennoch wählen die Leute pechschwarz. Und dieser Freistaat mit dem blauen Fleck in der Sächsischen Schweiz war ja dabei, ein zweites Bayern zu werden, war Spar-Meister, feierte seine

Pisa-Erfolge, seine Universitäten, Dresden als Standort modernster Technologien... Sowohl in Polen als auch in Deutschland gilt: *It's not only the economy, stupid, it's the democracy too!*

Es geht um die Demokratie. Sie steht zur Debatte – in Amerika mit der Tee Party und Trumps „alternativen Fakten“. In Großbritannien mit der hanebüchenen Brexit-Kampagne. In Ungarn und Polen mit den Anwandlungen der „Illiberalen“. Aber auch in Deutschland mit der Erosion der „Bonner“ Volksparteien und ihrer gelben und grünen Zünglein an der Waage. Es ist bezeichnend, dass es Frankreich erst gelang, Madame Le Pen zu stoppen, als die alten Parteien auf der Strecke geblieben waren. Kein Modell für Deutschland oder Polen, doch die nächsten Parlamentswahlen in unseren Ländern werden spannend...

Die Herausforderungen für die Demokratie entspringen nicht nur der Abnutzung der Altparteien, der wirtschaftlichen Ungleichheit, den sozialen und kulturellen Spannungen angesichts der Migrationsströme und der Quadratur des Kreises zwischen nationalstaatlicher und europäischer Souveränität. Es sind auch die neuen Medien, das Internet und die Demoskopie, die die klassischen Muster der „deliberativen Demokratie“, also rationale Meinungsbildung durch Stimmungen ersetzen. Es ist auch die Vorstellung, die repräsentative Demokratie durch Referenden und Volksentscheide schwächen zu können, weil „die da oben ohnehin nicht aufs Volk hören“. Und schließlich der Wunsch, die *political correctness* als verlogene Benimmregeln zu verwerfen, um endlich einmal auch öffentlich „die Sau raus lassen“ zu dürfen. Man vergisst dabei, dass Freiherr von Knigge am Vortage der französischen Revolution keineswegs eine sinnentleerte höfische Etikette niederschrieb, sondern eine „Lehre von den Pflichten“, die wir „allen Arten von Menschen schuldig sind, und wiederum von ihnen fordern können“. Damit wir miteinander nicht auf dem Schafott parlieren...

Erwarten Sie bitte von mir heute keine langen Linien für die Zukunft, so wie wir sie vor fast drei Jahrzehnten spannen, als ich Wolfgang Templin in seinem westdeutschen „Exil“ besuchte, danach hier und in Magdeburg Vorträge über den polnischen Runden Tisch und den Sieg der Solidarność hielt, und mit Bärbel Bohlay, auch mit Christa Wolf, gerührt über den gemeinsamen Aufbruch sowohl dort bei uns als auch hier sprach.

Heute bin ich wie wohl viele von Ihnen kleinlaut. Wenngleich zuversichtlich, dass es auch nach der jetzigen konservativen Gegenrevolution auf beiden Seiten von Oder und Neiße ein „Danach“, einen erneuten Völkerfrühling geben wird. Den ich auch meinen - und den Enkeln meiner Leipziger Freunde - von Herzen wünsche. Vor allem, dass sie sich nicht verhärten in dieser harten Zeit...